

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 38 (1946)
Heft: 6

Artikel: Oesterreich am Scheidewege
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353247>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Oesterreich am Scheidewege

In der « Arbeiterzeitung », dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei Oesterreichs, schreibt Nationalrat Dr. Alfred Migsch am 6. Juni unter dem Titel « Am Scheidewege » zum Thema der Verstaatlichung u. a.:

« Der Kampf um die Sozialisierung hat begonnen. Der Unterausschuss des Parlaments ist in die Beratung über den von der Sozialistischen Partei eingebrachten Verstaatlichungsantrag eingetreten. In diesem Ringen wird in hohem Masse das zukünftige Schicksal des neuen Oesterreich entschieden werden. Wird den schöpferischen Kräften des Aufbaues, der bewussten Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens, der Weg freigelegt, oder werden die Mächte der alten, vermorschten Welt noch so stark sein, ihren Durchbruch zu hemmen — das ist die Frage, die in den nächsten Tagen beantwortet sein wird.

Wir Sozialisten haben keine Doktrinen zu verwirklichen. Unser Ziel ist der Aufbau einer krisenfreien Wirtschaft, die Vollbeschäftigung gewährt, jeden in den Genuss seines Arbeitsertrages setzt, die Lebenshaltung des ganzen Volkes entsprechend der steigenden Produktivität der Volkswirtschaft andauernd hebt und den Alten einen würdigen Lebensabend sichert. Dieses Ziel ist erreichbar, wenn der Mensch, so wie er sich in den letzten zwei Jahrhunderten die blinden Naturkräfte auf Grund der entfalteten Naturwissenschaften durch Technik, Chemie und Biologie unterworfen und dienstbar gemacht hat, nunmehr auf Grund der Erkenntnisse der modernen Gesellschaftswissenschaften auch die Wirtschaftskräfte zu beherrschen und zu lenken lernt.

Man komme nicht mit der abgeschmackten Behauptung, wir wollten den Gewerbetreibenden, den Kaufmann und den Bauern « sozialisieren » und ihnen ihr Eigentum wegnehmen; dieses Schlagwort ist ebenso dumm wie verlogen. Das wissen seine Erfinder ganz genau; es dient ja nur dem Zweck, den kleinen Mann wiederum vor den Karren des Finanzkapitals zu spannen. Diese Betriebe sowie die kleine und mittlere Industrie sozialisieren zu wollen, würde die Volkswirtschaft mit sinnlosen Kosten belasten und die Hebung des Lebensstandards des ganzen Volkes hemmen. Wir sind genaue Rechner und wissen, dass der Bauer und alle diese Schichten ihre Betriebe auch volkswirtschaftlich am besten führen, wenn sie in ihrem Privateigentum verbleiben. Was wir anstreben, ist die Ueberführung der vom Finanzkapital beherrschten Einsatz- und Kommandostellen der Wirtschaft — also

der Grossproduktion und der Schlüsselindustrie — in das Eigentum der Gesellschaft. Dieser Schritt ist notwendig, weil er die Voraussetzung für die Gesundung und den planvollen Aufbau unserer Volkswirtschaft ist. Als Beweis für seine Notwendigkeit verweisen wir auf die Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte, in der alle Schichten des österreichischen Volkes die schwer getroffenen Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems waren.

Wenn wir nunmehr vor der Aufgabe stehen, aus den Trümmern des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Chaos, das uns die kapitalistisch-faschistische Politik hinterlassen hat, dem österreichischen Volke ein neues Haus zu bauen, so ist unsere Stellung klar und eindeutig. Ist dies auch die Haltung der OeVP? (der vorwiegend katholischen österreichischen Volkspartei, die in den Wahlen vom November 1945 zur stärksten Partei geworden ist, die Red.). Setzen sich die demokratisch-positiven Kräfte der ihr angeschlossenen Bauern- und Mittelschichten durch, dann ist der Weg zu einer glücklicheren Gestaltung der Zukunft Oesterreichs freigelegt; dann ist voraussichtlich für eine lange Periode hinaus der Klassenfriede hergestellt und die Grundlage für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg aller werktätigen Schichten gesichert. »

Die Kirchen und die Gewerkschaften in Holland

In einem in der « Gewerkschaftlichen Rundschau » vom Dezember 1945 veröffentlichten Artikel über die schwierige Preis- und Lohnbildung in Holland haben wir einleitend gezeigt, wie in den Niederlanden durch Not und gemeinsamen Widerstand eine weitgehende Zusammenarbeit der Gewerkschaften verschiedener Richtungen zustande gekommen ist. Wenn auch den Anstrengungen des freigewerkschaftlichen Holländischen Gewerkschaftsbundes (NVV) kein Erfolg beschieden war, der schon während der Besetzung mit den ebenfalls illegalen konfessionellen Gewerkschaftszentralen zu einer Absprache über eine Fusion nach dem Krieg kommen wollte, so gelang es doch noch während der Besetzung sozusagen unter der Nase der Gestapo und des deutschen Sicherheitsdienstes, eine gut fundierte Verabredung zu treffen über die Gründung eines gemeinsamen Rates mit dem katholischen und dem evangelischen Gewerkschaftsbund. In diesem Rat, der als eine Art Dachorganisation gedacht war, sollten der NVV, der katholische «Rooms-Katholieke Werkliedenverbond» (RKWV) und der evan-